

Die Grenzen der Grünen Ökonomie

Die Zukunft unseres Planeten ist gefährdet. Kaum jemand widerspricht dieser Aussage ernsthaft. Ein Ausstieg aus dem fossilen ›Business as usual‹ und unseren alten Produktions- und Konsummustern, die den Klimawandel anheizen, die Stickstoffbelastung von Böden und Wasser und den Verlust der Biodiversität weiter vorantreiben, ist unumgänglich. Dass der Klimawandel real ist und sich selbst in Europa mit Dürre, Überschwemmungen und Waldbränden zeigt, hat in neuer Weise das Bewusstsein geschärft, dass politisches und wirtschaftliches Umsteuern dringlicher denn je wird. Hunderttausende werden durch Fridays for Future AktivistInnen mobilisiert. Klar und deutlich artikulieren sie, dass es schnelle und radikale Schritte braucht, um doch noch das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu schaffen. Die entscheidende Frage ist deshalb längst, welche Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen werden.

Weit verbreitet und beliebt ist die Schlussfolgerung, dass Natur und Wirtschaft in Einklang zu bringen nicht nur eine Herausforderung, sondern auch ein Selbstläufer für Lösungen sein wird. Eine ›Grüne Ökonomie‹ soll es geben, die selbst und aktiv zum Erhalt unserer planetarischen Lebensgrundlagen beiträgt, mit Marktmechanismen, technologischer Innovation und ökonomischen Anreizen.

Erste Konzepte zu einer ›Grünen Ökonomie‹ entstanden rund um den Rio+20 Gipfel 2012. Dies als Ausweg aus den ökologischen und sozialen Krisen und als Alternative zum Begriff der nachhaltigen Entwicklung, wie er aus dem Erdgipfel 20 Jahre zuvor, ebenfalls in Rio, hervorgegangen war. Mit dem Begriff der Grünen Ökonomie sollten vor allem

Barbara Unmüßig

ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie arbeitet und publiziert unter anderem zu Fragen der Global Governance, der internationalen Umwelt- und Geschlechterpolitik sowie der zunehmenden Einschränkung der Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. Zuletzt veröffentlichte sie das Buch ›Kritik der Grünen Ökonomie‹ zusammen mit Lili Fuhr und Thomas Fatheuer.

auch die wirtschaftlichen und politischen Eliten in den Schwellen- und Entwicklungsländern für mehr umweltbewusstes Wirtschaften gewonnen werden. An der Konzeptentwicklung haben sich zuallererst das Umweltprogramm der Vereinten Nationen sowie die Weltbank, die OECD, McKinsey, aber auch einzelne Regierungen, darunter die deutsche, beteiligt. Eine ganz eindeutige Definition

gibt es nicht. Allen Konzepten gemein ist jedoch, dass ein fossiles ›Weiter wie bisher‹ keine Option ist: Business as usual is no option any more. Damit einher geht allerdings ein weiteres grosses Versprechen: Die Welt, wie wir sie kennen, kann uns weitgehend erhalten bleiben, weil wir mit einem effizienteren und ressourcenschonenderen – eben grünen – Wirtschaftsmodell den Klimawandel in Schach und die diversen Ressourcenkrisen meistern werden. Die Grüne Ökonomie will gar Motor für *mehr* Wachstum sein.

Genau hier setzen viele Kritikerinnen und Kritiker der Grünen Ökonomie¹ an: Stetiges Wirtschaftswachstum in einer begrenzten Welt wird von diesen Konzepten der Grünen Ökonomie überhaupt nicht problematisiert. Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5° C ist absolut notwendig und machbar. Die Klimawissenschaft ist sich einig, dass der Wandel gelingen kann, wenn wir jetzt die richtigen politischen Weichen stellen. Das heisst vor allem: ein noch viel schnellerer Ausstieg aus fossilen Energien – nicht nur aus der Kohle, sondern auch aus Öl und Gas. Zu klaren Reduktionszielen und Obergrenzen verhalten sich die Konzepte der Grünen Ökonomie so gut wie gar nicht. Allgemeine Korridore – wie Nullemissionen bis 2050 oder das Bekenntnis, dass Business as usual keine Option ist – werden zu Hauf formuliert, jedoch nicht mit konkreten Schritten unterlegt.

Keinerlei Aussagen finden sich dazu, was noch wachsen darf und sogar muss (erneuerbare Energien; Bildung, Gesundheit, Menschenrechte) und was nicht. Wie ein Wohlstand ohne Wachstum² aussehen könnte, ist eine zentrale Zukunftsfrage. Um sie drücken sich die bisherigen Konzepte zur Grünen Ökonomie aus den Federn der Weltbank oder OECD weitgehend herum.

Grüne Ökonomie, wie sie der Mainstream definiert, will endlich Ökologie und Ökonomie versöhnen, und zwar – das ist das Problem – unter dem Primat der Ökonomie. Das Anliegen klingt zunächst gut, es schafft Hoffnung, dass wir es aus den Krisen schaffen, ohne allzu viel vom jetzigen Wohlstandsniveau abgeben zu müssen. Doch Klima- und Ressourcenschutz mit Wirtschaftswachstum in einer begrenzten und ungerechten Welt versöhnen zu wollen, bleibt unter dieser Prämisse höchst fragwürdig. Dieses Versprechen kann nur machen, wer bewusst Komplexitäten reduziert und die vielfachen sozialen und auch ökologischen Zielkonflikte auszuklammern versucht. Der Glaube an die Wunder des Marktes und der technologischen Innovation überlagern diese politisch zu gestaltende (Herkules-)Aufgabe. Wie sehen die realen Machtstrukturen und Interessen im ökonomischen und politischen Kontext aus? Die grossen Fragen, wie wir Produktion und Konsum ändern müssen, wie

wir damit umgehen, dass auch Effizienztechnologien vielfältige Ressourcen verbrauchen und nicht jede Substitution von Ressourcen automatisch mehr Gerechtigkeit oder den Schutz von Ökosystemen mit sich bringt beziehungsweise neue Nutzungskonflikte wie die um Biomasse erzeugt, werden in den Konzepten der Grünen Ökonomie zu wenig oder vereinfachend gestellt.

Wer sich also positiv auf Konzepte der Grünen Ökonomie bezieht, sollte sich auch mit ihren theoretischen und politischen Unzulänglichkeiten befassen. Die Hypothese, dass Lösungen vor allem über die Ökonomie organisiert werden können und Ökosysteme weiterhin als Teilsystem betrachtet werden, ist längst und vielfach hinterfragt, erst recht nach der Finanz- und mitten in der Klimakrise, deren Hauptverursacher Marktversagen ist, wie Sir Nicholas Stern in seiner vielfach zitierten Studie 2006 trefflich festgestellt hat.³

Inwertsetzung der Natur

Besonders kritisch muss in den Konzepten der Grünen Ökonomie betrachtet werden, dass sie mit dem ökonomischen Blickwinkel nun auch noch Natur und Ökosystemleistungen, die bislang nicht in den Markt integriert waren, in den kapitalistischen Markt hineinholen will. Dafür muss die Grüne Ökonomie das Verhältnis von Natur und Ökonomie neu bestimmen. Das Ergebnis ist eine Neufassung des Naturbegriffs als Naturkapital und als ökonomische Dienstleistung – und eben nicht eine Transformation der Wirtschaftsweise, die sich unseren planetarischen Grenzen anpassen muss. Statt »Wirtschaft neu denken« will die Grüne Ökonomie »Natur neu definieren«. Natur soll gemessen, erfasst, ökonomisch bewertet und verrechnet werden. Diesem Vorschlag liegt die Annahme zu Grunde, dass die Natur besser geschützt wird, wenn wir endlich ihren Wert auch monetär abbilden.

Die Quantifizierung von Ökosystem(dienst)leistungen ist längst keine theoretische Diskussion mehr, sondern hat Einzug in die Klima- und Naturschutzpolitik gehalten. Die Bemessung und Bepreisung von Kohlendioxid (CO₂) ist Vorreiterin und die geradezu idealtypische Umsetzung der Idee des Naturkapitals. Einzelne ökologische Funktionen wie das Speichern von CO₂ durch Wälder, Böden oder Moore werden gemessen, quantifiziert, mit einem Preis versehen und durch CO₂-Zertifikate zur handelbaren Ware. Emissionen aus der Verbrennung vor unserer Haustür werden dann einfach mit der Kohlendioxid-Speicherung eines Ökosystems am anderen Ende der Welt verrechnet (Kompensationsgeschäfte).

Das bringt nicht nur grundsätzliche Probleme methodischer Natur mit

sich: Ökosysteme sind komplex, nicht statisch, und von vielen Einflüssen abhängig. Wie also sollen der Wert und die Preise der Natur bestimmt werden? Können die Vielfalt und die komplexen Prozesse von Ökosystemen überhaupt in metrischen Skalen und Geldwerten korrekt erfasst werden? Ausserdem existiert auch ein Demokratie- und Gerechtigkeitsproblem: Wer legt fest, welche Ökosystemleistung welchen Preis bekommen soll? Wieviel ist uns die Biene oder der Biber wert? Und wem gehören die Erlöse?

Das Konzept der Bepreisung von Ökosystemleistungen verhindert nicht unbedingt Entwaldung oder den Ausstoss von CO₂. Es wird weiter emittiert, nur kann man sich mit Hilfe von Zertifikaten von seiner Verantwortung freikaufen, solange man es sich leisten kann. So wird die Zerstörung der Natur marktkonform organisiert, anstatt sie zu verhindern.

In der Biodiversitäts- und Klimapolitik sind solche Kompensationsgeschäfte längst gang und gäbe. Verrechnet wird über CO₂-Äquivalente, dass ich hier emittieren oder Bäume fällen darf, wenn ich das an anderen Stellen durch beispielsweise Aufforstung kompensiere. Mit ›Put a Price on Carbon‹ wird Klima- und Naturschutz zu sehr durch die CO₂-Brille betrachtet. Andere ökologische Komplexitäten wie der massive Verlust der Biodiversität und die soziale Dimension kommen bei einem solchen CO₂-Tonnen-Vermeidungsblick nicht mehr vor oder zu kurz. Zum Beispiel sollen nun unter dem Deckmantel Grüner Ökonomie und des Klimaschutzes der Atmosphäre grossflächig Emissionen entzogen werden. Dies soll unter anderem über Aufforstungen geschehen, um mehr Speicherkapazitäten für CO₂ zu schaffen. Solche Aufforstungen sind durchaus notwendig und sinnvoll. Sie müssen jedoch in ihren sozialen und ökologischen Wirkungen betrachtet werden.

Wo zum Beispiel Indigene seit Jahrtausenden die Wälder mit ihren Wirtschaftsweisen schonend nutzen und dabei schützen, kennt man individuelle Besitzformen an Wäldern und Böden eher nicht. Sie sind häufig Gemeingüter (Commons). Mit Instrumenten wie REDD⁴ werden Indigene plötzlich ungewollt zu MarkteilnehmerInnen und müssen sich komplizierten Berechnungs- und Monitoringsystemen, wie sie REDD verlangt, stellen. Darüber hinaus werden vielerorts Flächen privatisiert oder zu staatlichem Besitz erklärt. Menschen vor Ort stören bei diesem Prozess oft und werden nicht selten enteignet und vertrieben. So werden leider auch im Namen des Natur- und Klimaschutzes Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Natur wird in dieser Betrachtungsweise zu sehr auf ihre CO₂-Speicherfunktion reduziert und so zu dem zurechtgestutzt, was verwertbar

für das Kapital und die Wirtschaft ist. Nur das Verwertbare wird geschützt, komplexe ökologische, soziale und kulturelle Funktionen und Interessen bleiben aussen vor. Diese reduktionistische Sicht der Natur auf »The nature that capital can see« kritisierte der Umweltökonom Morgan Robertson schon im Jahr 2004 als absolut falschen Weg⁵.

Technologie als Hoffnungsträgerin

Für das Versprechen der Grünen Ökonomie, die Bewältigung der Krise könne ein Selbstläufer sein, ist neben dem Vertrauen in den Markt auch die Hoffnung auf technologische Innovation zentral: einerseits, um weniger Ressourcen effizienter zu nutzen, andererseits in der Hoffnung, mit neuen Technologien aktiv die Klimakrise bekämpfen zu können.

Unsere Wirtschaft wird immer effizienter, das stimmt und ist gut so. Aber beim jetzigen Tempo wird das nicht reichen. So verbrauchen beispielweise Haushaltsgeräte weniger Energie, aber in unseren Häusern stehen mehr Geräte als früher. Unsere Autos verbrauchen weniger Benzin, werden aber immer grösser und schneller. Dieser »Rebound-Effekt« genannte Prozess verringert die Wirkung von Effizienzsteigerungen. So führt Effizienzsteigerung zu Leistungssteigerung und fördert so umso mehr die Abhängigkeit von Technologien und Konsummustern, die wir eigentlich abbauen sollten, wenn wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz.

Die Entdeckung des Rebound-Effekts ist deshalb so etwas wie die kalte Dusche für alle, die vor allem in der Effizienz und technologischen Innovation das Allheilmittel sehen. Effizienzsteigerung führt eben nicht automatisch zu weniger Ressourcenverbrauch und Emissionen aller Art. Bislang kennen wir nur die relative Entkoppelung von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch. Wir brauchen aber eine absolute Entkoppelung, wenn wir die Pariser Klimaziele, allen voran die Begrenzung der Erderwärmung um maximal zwei Grad, erreichen wollen.

Innovation ist kein Automatismus, kein Selbstläufer. Sie ist durch die Interessen und Machtverhältnisse der Akteure geformt. Deshalb tragen viele Innovationen nicht zur grundlegenden Transformation bei, sondern legitimieren den Status quo und verlängern häufig die Lebensdauer von Produkten und Systemen, die nicht mehr zukunftstauglich sind. Beispiele für technologische Sackgassen sind Biosprit, der das Automobil-Zeitalter verlängert, oder Technologien, die CO₂ im Boden verpressen und so fossilen Energieträgern eine vermeintliche Zukunft geben sollen. Die Vorreiterin einer Transformation, die das Verkehrssystem radikal umstellt – auch auf Kosten des individuellen Autoverkehrs – wird aller Voraussicht nach nicht die Automobilindustrie selbst sein. Dafür

braucht es stattdessen eindeutige politische Ansagen, die ein Umsteuern hin zu Alternativen einleiten. Die Sackgasse des (optimierten) Dieselmotors zeigt ja sehr deutlich, dass wir uns bei Innovationen nicht alleine auf die Selbsterneuerung und Effizienz-Orientierung der Industrie verlassen dürfen. Sie lässt andere Pfade und Alternativen zum ökologischen und sozialen Handeln auch gerne aus, wenn sie nicht profitabel erscheinen.

Wenn wir also das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppeln und in einer Welt mit neun Milliarden Menschen echte Ressourceneffizienz oder gar Gerechtigkeit für alle erreichen wollen, können wir uns dabei nicht alleine von der Wirtschaft leiten lassen.

Unbestritten: Eine absolute Entkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch muss gelingen. Um die notwendige Transformation zu erreichen, brauchen wir aber viel mehr als bloss effizienzsteigernde Innovationen: einen radikalen und absoluten Rückgang von Energie- und Materialverbrauch, und das vor allem in den Industrieländern. Diesen absoluten Rückgang zu erreichen, ohne das auf Wachstum basierende Wohlstandsmodell zu hinterfragen, ist keine realistische Perspektive. Es gibt bislang leider kein plausibles Szenario, das Wachstum, absolute Verminderung des Umweltverbrauchs und mehr globale Gerechtigkeit in einer Welt von neun Milliarden Menschen glaubhaft kombiniert⁶.

Innovationen verändern unser Leben, aber sie bewirken keine Wunder. Die Atomtechnologie hat nicht das Energieproblem der Welt gelöst, die grüne Revolution nicht das Hungerproblem. Die Beispiele Atomenergie, Gentechnologie oder Geoengineering zeigen, wie umstritten Technologien sein können, wenn ihre Grenzen und die sozialen wie ökologischen Schäden, die sie anrichten können, nicht vorab in allen Dimensionen und mit Sorgfalt geprüft werden. So wurde die alternative Energiegewinnung durch zum Beispiel Windenergie und Staudämme von den grossen Energieriesen als Technologie der Zukunft erkannt und zunehmend als Geschäftsfeld ausgebaut. Doch auch beim Bau von grösseren Solar- und Windparks oder Mega-Staudämmen werden Menschen regelmässig enteignet und die Natur unwiederbringlich beschädigt, werden die Eigentumsrechte und Rechte der demokratischen Teilhabe der Menschen verletzt. Auch hier, bei zu befürwortenden grünen Technologien, muss man aufmerksam und kritisch ihre Umsetzung begleiten und hinterfragen: Wie werden sie umgesetzt? Wer profitiert und wer verliert?

Die Schlussfolgerung darf also nicht allein sein, verlässliche Zielkorridore vorzugeben, die konkurrierende technologische Lösungen ermöglichen. Wir müssen grundlegend hinterfragen, warum wir weiterhin mit

dem Risiko spielen, dass technologische Innovation eventuell gar nicht kommt oder mehr Schaden als Nutzen bringt, anstatt unsere Produktions- und Konsummuster grundlegend zu hinterfragen.

Echte Innovation umfasst weit mehr als technologischen Fortschritt. Sie ist auch sozialer oder kultureller Natur. Solche Innovationen (wie z.B. Forschung für Agrarökologie) zu fördern, die für eine grundsätzliche Transformation sorgen, und gute politische und auch finanzielle Rahmenbedingungen für sie zu schaffen, muss die Politik viel stärker verfolgen. Im Forschungsbudget der Bundesregierung müsste dies zum Beispiel einen ganz anderen Nachhall haben, als es der Fall ist. Zu wenig werden dort Theorie und Praxis einer Postwachstumsökonomie gefördert.

Plädoyer für eine Repolitisierung der Ökologie

Eine Transformation hin zu einer Wirtschaft, die die planetarischen Grenzen respektiert und deshalb zukunftsfähig ist, kann nicht ohne Konflikte stattfinden, auch technologische Innovation kann diese nicht vermeiden. Das wird zu sehr ausgeblendet. Wir brauchen meines Erachtens daher eine Repolitisierung der Ökologie, die die wissenschaftlichen Kenntnisse über die Grenzen unseres Planeten anerkennt, für eine radikale Transformation eintritt und sich Macht- und Gerechtigkeitsfragen bei ihrer Umsetzung offen stellt.

Die politische Ökologie weiss um und kennt die sozialen, wirtschaftlichen und politischen AkteurInnen, die eine Transformation befördern oder eben blockieren. Lösungsvorschläge im sozialen und politischen Vakuum zu diskutieren, ist wenig zielführend. Es wird um gewaltige Aushandlungsprozesse gehen. Denn das nötige radikale Umsteuern, um die planetarischen Grenzen mit unserem Wirtschaften in Einklang zu bringen, wird nicht ohne Brüche und Konflikte vonstattengehen. Diese Konflikte dürfen wir nicht scheuen, sondern müssen sie aufdecken, benennen und adressieren. Dazu gehört auch, die sozialen und ökologischen Folgen neuer Technologien breit gesellschaftlich zu diskutieren. Wir dürfen uns nicht durch einen falschen und voreiligen Technikoptimismus blenden und von Alternativen ablenken lassen. Analysen zu den Ursachen und auch Lösungsvorschläge für die gegenwärtigen Krisen gibt es viele. Diese Differenzen müssen wir anerkennen, das Gespräch miteinander suchen und nicht alternative Lösungsansätze von dem wachstumsgeleiteten Diskurs der Grünen Ökonomie verdrängen lassen.

Es gibt eine grosse Anzahl umsetzbarer Reformalternativen zu technologischer Innovation und marktbasierter Instrumenten für die Verkehrs-, Agrar- und Energiewende – alle drei Schlüsselsektoren für die

Bekämpfung der Umwelt- und Klimakrisen. Auch Ansätze für eine faire und ökologisch nachhaltige Finanz-, Handels- und Investitionspolitik existieren bereits. Wir kennen die ordnungspolitischen Instrumente, die Emissionen und Ressourcenverbrauch absolut, nicht nur relativ, senken könnten. Solche Initiativen und Vorschläge scheitern nicht, weil es keine Alternativen gibt, sondern weil der politische Wille fehlt, sie gegen wirtschaftliche Interessen umzusetzen. Es sind politische und ökonomische Machtverhältnisse, die unsere Diskurse und Handlungsoptionen im Kampf gegen die globalen Krisen bestimmen.

Genau deshalb muss die Politik dringend die wirtschaftliche Machtkonzentration beschneiden, anstatt sich ihren Interessen zu beugen. Statt, wie von der Grünen Ökonomie suggeriert, Marktversagen mit mehr Markt zu begegnen und ausschliesslich auf die Macht marktbasierter Instrumente und technologischer Innovation zu vertrauen, müssen wir die ordnungspolitischen Massnahmen im Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz nutzen, wenn sie zielführend im Sinne der Reduktion von Emissionen und Ressourcenverbrauch sind. Grenzwerte und Verbote wirken nicht zuletzt, weil sie die Notwendigkeit von Kompensation unnötig machen. Sie sind wirklich Ausdruck des Ziels, Natur und Ökosysteme uneingeschränkt schützen zu wollen, und erlauben keine Relativierung durch Marktmechanismen.

Es sind die Regierungen, die die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln schaffen. Wenn sie der Wirtschaft den Raum lassen, unseren Planeten weiter auszubeuten, werden die Kräfte des Marktes auch dafür sorgen, dass dies geschieht. Wir brauchen daher endlich ein klares Nein zu Wachstum in den Feldern, wo wir unsere planetarischen Grenzen bereits überschritten haben oder dabei sind, sie zu überschreiten. Und wir brauchen ein Ja zu einer wahren Wertschätzung unserer Natur. Die Grüne Ökonomie mit ihrem zentralen Vertrauen in den Markt als Treiber für grüne Innovation kann das nicht alleine leisten.

Anmerkungen

- 1 Fatheuer, T., Fuhr, L. und Unmüßig, B.: Kritik der Grünen Ökonomie. Oekom 2015.
- 2 Jackson, T.: Wohlstand ohne Wachstum. Oekom 2011.
- 3 Stern, Nicholas: The Economics of Climate Change. The Stern Review. Final Report. London: HM Treasury 2006. Online verfügbar unter: http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_index.htm (zuletzt geprüft am 1.12.2016).
- 4 Das Waldschutzprogramm REDD (engl. Abkürzung für »Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung«) wurde als Finanzierungsmechanismus im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen entwickelt. Es soll finanzielle Anreize schaffen, die Länder, Landbesitzer und Gemeinschaften dafür belohnen, dass sie Emissionen reduzieren, die durch die Zerstörung von Wald entstehen, und dadurch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- 5 Robertson, Morgan M.: The nature that capital can see. Science, state, and market in the commodification of ecosystem services. In: Environment and Planning D: Society and Space 24 (3), S. 367–387. DOI: 10.1068/d3304. 2006.
- 6 Jackson, T.: Wohlstand ohne Wachstum. Oekom 2011.

Literatur

- Fatheuer, Thomas; Fuhr, Lili; Unmüßig, Barbara: Kritik der Grünen Ökonomie. Oekom 2015.
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. Oekom 2011.
- Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum – das Update. Oekom 2017.
- Robertson, Morgan M.: The nature that capital can see. Science, state, and market in the commodification of ecosystem services. In: Environment and Planning D: Society and Space 24 (3), S. 367–387. DOI: 10.1068/d3304. 2006.
- Stern, Nicholas: The Economics of Climate Change. The Stern Review. Final Report. London: HM Treasury 2006. http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_index.htm (zuletzt geprüft am 1.12.2016).